

EICHWALDER BÜRGERINITIATIVE FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT  
in der Bürger-Initiative NOTWEHR Anlieger BER Ost-West-Aktions-Gemeinschaft,

**Dr.-Ing. Günter Briese**

E-Mail: drgbriese@gmail.com Mobil: 0173 / 644 78 03

in enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN-FLUGLÄRM,  
und der INTERESSENGEMEINSCHAFT ALTANSCHLIESSER SCHULZENDORF (IGAS)  
Staubenrauchstraße 71, 15732 Eichwalde

Bundesregierung

= Bundeskanzlerin -  
Frau Dr. Angela Merkel - persönlich -

Willy-Brandt-Straße 1

10557 Berlin

per E-Mail über

<http://berlin-brandenburg-21.de>

Eichwalde, den 07.10.2019 an <https://www.bundesregierung.de>

Az.: Io + EG

Ihr Schreiben vom -

Ihr Zeichen -

Mein Schreiben vom -

Zur unvollendeten Einheit der Deutschen ;  
Ihre Rede zur Kieler Einheitsfeier und  
deren Grad der Verwirklichung

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

Ihre Bemerkung, daß sich die Mehrheit der Ostdeutschen als Bürger 2. Klasse fühlt (MAZ 4.10.2019, §.4) dürfte den Kern der Probleme treffen.

Die Gründe dafür dürften folgende Anlagen offenlegen:

- Schreiben an die neue Brandenburger Landtagspräsidentin, aus dem die Nichtachtung selbst langjähriger wissenschaftlicher Arbeit von staatsverbundenen Bürgerinitiativen durch Exekutive, Legislative und kommunale Judikative hervorgeht,
- Beitrag "keine Entschädigung wegen Ost-Mobbings" in der MAZ vom 4. Oktober 2019, S.9, aus dem die Mißachtung der Rechte Ostdeutscher durch die Judikative hervorgeht;
- Kommentar "Ganz selbstverständlich integer" im KaWeKurier vom 2. Oktober 2019, S.3, in welchem die Ungleichbehandlung Ostdeutscher thematisiert wurde, und

1969-1974 45 Jahre Autor zu Volkswirtschaftslehren in zwei Wirtschaftssystemen

1952 Betrieblicher Techniker-Abschluß, Elektro-Apparate-Werke Berlin-Treptow

1957 Ing. für elektrische Anlagen und Geräte, Hochschule für Schwermetallebau und Elektrotechnik Berlin-Lichtenberg

1973 Hochschul-Ing. für Elektrotechnik, Humboldt-Universität zu Berlin, Sekt. Elektrotechnik

1973-75 Diplomierung und Promotion als Doktor mit Untersuchungen zur Systemtauglichkeit von Entwurfsprozessen aller Art mit Hilfe von heuristischen, Simulation- und algorithmischen Programmen

1972, 1974 Pflichtprüfer und Hochschulprüfer der Humboldt-Universität zu Berlin

1957-64 Akademie-Dozent für Mathematik, Physik und technische Fächer

1930-96 Rechtsberater und Bearbeiter juristischer Grundstofffragen im DEUTSCHEN KREISVERBAND (DKV) Lehr- und Vortragstätigkeit zu allgemeinen Rechts- und Sozialfragen im Auftrag des Landesverwaltungsamtes Cottbus

1953-73 Selbständiger Konstrukteur

1973-91 Ingenieur für entwicklungsbezogene Standardisierung/Normung

1994 Bauleitplaner

um 1960 Veröffentlichung "Zur Thematik Produktivitätsverluste" mit der Berechnung möglicher Fertigungsbedingter Maßabweichungen für Typen, Sorten und Gruppen für Duroplast-Formstoffteile, PLASTIK UND GUMMI

1966 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutz der Volkswirtschaft gegen den Störfaktor des wissenschaftlich-technischen Niveaus im Austausch Fließverarbeitungen (Verhinderung der Einführung des sozialistischen Org.-Toleranz- und Passungssystems zugunsten der Einführung des internationalen ISA/ISO-Toleranz- und Passungssystems)

1969-70 Leiter privater interdisziplinärer Forschungsgruppe zur Studie zur Schottung von Metall durch Plastik in der Volkswirtschaft I.A. des DKV Berlin (Teil II: Bearbeitung erforderlicher Aufgaben für Forschung/Entwicklung und Standardisierung, Teil 12: Entwicklungs-Aufgabenfolge-Netzplan, Kosten-Rutzen-Analyse) mit dem Co-Autor Dr. Wilfried Schaeff, Zentrallaboratorien für Fließverarbeitungen Leipzig und Dipl.-Phys. Dieter von Schmiede, III Bunde

1969-69 Bewertung der Relation von geometrischer Toleranz (statist. Methode) zu mathematischer Toleranz (worst-Case-Methode) für Maßketten zur Erzielung von Fertigungskostenminimierung durch größere Bauteiltoleranzen (unveröffentlicht, aber erprobt)

um 1970 Ermittlung der Parameter des Einsatzformungsprozesses von Duroplastformteilen aus Abmaß-Einfüßprüfungen, Verteilungen, Eröffnungswartung der Seiten Fließverarbeitungen/technik einer der Internationalen Fachtagungen HASTechnik der Konzepte der Technik, Inventar

um 1975 Analyse des volkswirtschaftlichen Förderplans der Sozialunion im Rahmen des Projektionsverfahrens, Humboldt-Universität zu Berlin

1980 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutz der Volkswirtschaft gegen den Störfaktor des wissenschaftlich-technischen Niveaus (Verhinderung der Einführung der sozialistischen Zulassungsmethoden in der Mes-, Steuer- und Regelungstechnik)

1981 Messwertfunktionsbeziehung in FEINMEßGERÄTEN 29(1981) EA 5.182

Jan. 1990 Vorschläge zum Übergang der Volkswirtschaft von der Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft mit Hermann Schmidt über BRIES FORUM an Zentralen Bunden Tisch und Regierung

1995/97 Vorschlag zur Einführung einer Robin-Somer (Spekulations-Dispens) und einen neuen Renten-Wort-Abbau (siehe Wechselkurs) an die Oppositions-Parteien des Deutschen Bundestages zur Beilegung von Globalisierungsproblemen auch vor der ERO-Einführung

2008-04 Vorschläge zur Einführung des Bruttovertragsproduktes (BRV) als volkswirtschaftliche Kenngröße für den Beitrag zur ERO-Zone an die Bundesregierung und an die Landesregierung Brandenburg

2008-09 Vorschläge zu kurz- und mittelfristigen Maßnahmen für die Beilegung der Welt-Finanz- und -Wirtschaftskrisis sowie zur Vermeidung ähnlicher Krisen

1994-2014 Kritischer Begleiter des Aufsichtsausschusses Flughafen Berlin Brandenburg International (BER) durch Veröffentlichungen, Petitionen, Vorträge, Vorschläge, Anmerkungen und Presse-Informationen und -Beiträge im Rahmen der EICHWALDE II FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT in der Bürger-Initiative NOTWEHR Anlieger BER

In enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM (vgl. <http://berlin-brandenburg-21.de> sowie [www.eichwalde.com](http://www.eichwalde.com) und [www.bwb-ev.de](http://www.bwb-ev.de))

2016 Auszeichnung zum 50. Eichwalder Rosenfest mit der EHRENMEDAILLE FÜR BESONDERE VERDIENSTE UM DIE GEMEINDE EICHWALDE durch wissenschaftliche Arbeit in Bürgerinitiativen

- "Diesen Weg wollten die Ostdeutschen nicht", MAZ 28. September 2019, S.8, zur Verhinderung der Zugehörigkeitsempfindung Ostdeutscher zu dem neuen System in der Bundesrepublik.

Hieraus geht hervor: Die Achtung vor den Arbeitsergebnissen Ostdeutscher ist bisher in der Praxis der staatlichen Institutionen noch nicht einmal ansatzweise erkennbar !

So lange sich dies nicht ändert, wird die mentale Einheit der Deutschen ein Wunschtraum bleiben, der aber bisher aus gutem Grund Überwiegend die Ostdeutschen umtreibt. Denn selbst die DDR-Kunst benötigte 3 Jahrzehnte, um endlich im Düsseldorfer Kunstpalast "entdeckt" zu werden - allerdings mit weit Überwiegender und oftmals sachlich unzutreffender Deutungshoheit durch Altbundesbürger statt Ex-DDR-Künstler. Es erscheint deshalb sicherlich manchem Ex-DDR-Bürger so, als ob das Ignorieren der Leistungen Ostdeutscher unausgesprochene Staatsdoktrin sei.

In der Bundesrepublik habe ich mittels langjähriger wissenschaftlicher Arbeit im Verbund mit anderen Aktiven noch keine einzige objektiv falsche Entscheidung zu Fall bringen können.

In der DDR konnte ich ohne Parteibuch o.ä. allein durch wissenschaftliche Arbeit zwei mit einer DDR-Niveaueverringering verbundene Vorhaben des RGW zur Implementierung von UdSSR-Wirtschafts-Lösungen (OST-Toleranz- und Passungssystem, Zuverlässigkeit in der MAS-Technik) in die DDR-Wirtschaft verhindern, konnte als führender Autor die Ergebnisse einer Studie zur Substitution von Metall durch Plast in der gesamten Volkswirtschaft erfolgreich verteidigen und brauchte zur Promotion nicht zum sonst obligaten M-I-Doktorenden-Seminar zu erscheinen - zugunsten der Anfertigung einer Dokumentation zu einem 5-Jahresplan der UdSSR, weil die Humboldt-Universität Berlin großes Interesse an meiner Untersuchung der Systematisierbarkeit von Entwurfsprozessen bekundete..

Aber alle "DDR-Kader" dürften nach Beitritt trotzdem abgewickelt worden sein - ostdeutsche Sozialisation allein war bereits ausreichend.

Bei solcher "Verpönung" alles auch nur vermutlich Linksgerichteten bedarf es keiner großen Erklärung mehr für "rechtes Wählen", weil inzwischen vielen Bürgern augenscheinlich nur noch so die Durchsetzung ihrer berechtigten Interessen als möglich erscheint.

Ich hatte zu ostdeutschen Mentalitätsäußerungen und deren Mißdeutung einige Schreiben an Ex-Bundesministerin Katarina Barlay gerichtet, in welchen diese Problematik von verschiedenen Blickwinkeln betrachtet wurde, weil mich dieses Thema sehr bewegt - es kam dazu aber zu keiner einzigen Rückäußerung !

Die Schreiben sind unter der Internet-Adresse <http://berlin-brandenburg-21.de> einsehbar und schließen das fehlende Angebot oppositioneller Demonstrationen seitens der Regierungsparteien und bisherigen Volksparteien ein - in Bayern ist die SPD ja schon auf dem Weg in Richtung "Splitterpartei", und in Brandenburg hat wohl nur noch eine massive Anti-AfD-Campagne den Status der SPD als stärkste Fraktion gerade so gerettet.

Ohne eine neue Politik in Anerkennung der Realitäten wird sich diese Entwicklung wohl noch verfestigen !

Die Vertretung unserer Gruppierungen im Brandenburger Landtag sind allerdings die FREIEN WÄHLER (BVB/FW), erstmals sogar in Fraktionsstärke - zu Lasten von SPD, CDU und LINKEN, wie die AfD.

Sie, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, warnten in Ihrer Einheitsrede davor, "die Ursache für Schwierigkeiten und Widrigkeiten vor allem und zuerst beim Staat und den sogenannten Eliten" zu suchen.

Sie konstatierten ferner, Freiheit hänge mit der Verantwortung des Einzelnen für eigne Entscheidungen zusammen.

Das ist zwar zutreffend, aber diese Entscheidungen sind meist nur Reaktionen auf äußere Umstände im Staate - für eigne Aktionen i.S. freier Entscheidungen fehlt in extrem hohem Maße die Übertragung von Verantwortung an Ex-DDR- Bürger, denn fast alle Funktionen mit Verantwortung in Politik, Wirtschaft und Establishment wurden Altbundesbürgern übertragen. Der einfache Ost-Bürger ist nicht verantwortlich dafür, daß er und seine Arbeitsergebnisse ignoriert werden, sondern eindeutig die Eliten, an welchen er fast keinerlei Anteil hat !

Einen solchen hat er auch nicht an der Entwertung seines Ersparnen und seiner Altersvorsorge durch EZB-Negativ-Zinsen und Staatsanleiherkäufe aufgrund der Nichtregulierung der Finanzmärkte und durch die Aufnahme von Staaten in die €-Zone mit Bruttosozialprodukten im Bereich von ca. 1 : 30 und die Welt-Finanz-und-Wirtschaftskrise durch überbordende Spekulation und deren Folgen in Form von großen Bad-Banks.

Diese Krise und der Ecu-Verlauf hätten als Warnung dienen müssen - dies ist m.E. bis heute für die Politik nicht tiefgreifend feststellbar !

Ich hatte mich redlich bemüht, dies rechtzeitig durch entsprechende Vorschläge zu verhindern, welche z.B. 2015 in einem Finanz- und Wirtschafts-Seminar der Friedrich-Ebert-Stiftung in Frankfurt (Oder) als tragend anerkannt wurden - umsonst !

Ex-Wirtschaftsministerin Prof.Dr.Christa Luft konnte sich noch nach Jahren an meine Vorschläge zur DRR-Wirtschafts-Umprofilierung von der Plan- zur Marktwirtschaft mit rein ökonomischen Stimuli erinnern.

Seitens der Bundesregierung fand die letzte Rückäußerung zu meinen Vorschlägen, hier u.a. das BSP als €-Zonen-Beitrittskriterium, mit einem langen Telefonat mit der Staatskanzlei zu Zeiten der Regierung Schröder-Fischer statt !

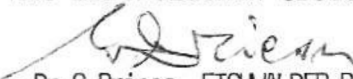
Manche €-Zonen-Südländer wollen eine andere Politik, der Brexit könnte sonst Nachahmer finden, und eine erforderliche Änderung der EU-Politik ist ja auch offiziell unbestritten. Nur - wohin geht der Weg beim Zusammentreffen von Globalisierung, Weltwirtschaftsabschwung, Digitalisierung, €-Zonen-Schwäche und deshalb wachsendem Nationalismus der EU-Staaten und erwartbarer Klimakatastrophe ?

Jetzt muß die Politik endlich "liefern" und für all diese Probleme eine wissenschaftlich begründete kompatible und sozialverträgliche Zukunftsperspektive für alle Regionen finden - aus finanziellen, wirtschaftlichen, sozialen, rechtlichen, ökologischen und €-Gründen gleichermaßen und abseits vom "Weiter So!".

Dazu wünsche ich Ihnen viel Erfolg - und das Umdenken könnte vielleicht mit einer erstmaligen Antwort beginnen !?

Wenn die Politik allerdings auch weiterhin überwiegend nur neoliberalen Finanzlobbyisten ihr Ohr leiht und ostdeutsche Probleme, Erfordernisse und Meinungen ungehört bleiben, wird sich kein Erfolg einstellen !

Mit freundlichen Grüßen

  
- Dr.G.Briese, EICHWALDER BI FÜR FLUGSICHERHEIT;  
ECHTEN LÄRMSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT -

A n l a g e n